



Die Ministerin

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1125

A18

23. April 2023

Seite 1 von 4

Aktenzeichen

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 26. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der Freien Demokraten hat zur o.g. Sitzung um einen
schriftlichen Bericht zum Thema „**Internationale Ammoniak-
Kooperation: Partnerschaftsstrategie der Landesregierung**“ gebeten.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht, mit der Bitte um
Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

Mona Neubaur MdL

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
poststelle@mwike.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Bericht zum Thema „Internationale Ammoniak-Kooperation: Partnerschaftsstrategie der Landesregierung“

Seite 2 von 4

Ein vorausschauendes Regierungshandeln ist erforderlich, um den wichtigen Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig auszurichten und die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Vor diesem Hintergrund richtet die Landesregierung ihre internationalen Partnerschaften und Kooperationen zur klimafreundlichen und verlässlichen Versorgung mit Energieträgern und Grundstoffen lösungsorientiert an den sich stellenden Herausforderungen aus.

Die Landesregierung verfolgt entschlossen und konsequent sämtliche Optionen und Maßnahmen, die dazu beitragen können, den Weg zur klimafreundlichen Industrieproduktion zu unterstützen und Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei Wasserstoff und Wasserstoffderivate wie Ammoniak. Denn zur Deckung des Bedarfs müssen mittel- und langfristig in großen Mengen klimaneutrale Energieträger und Grundstoffe nach Nordrhein-Westfalen importiert werden. Nach Berechnungen des FZ Jülich im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitstudie für die Wasserstoff Roadmap NRW, müssen bis zum Jahr 2050 voraussichtlich 90 % des Bedarfs an Wasserstoff und Wasserstofffolgeprodukten nach Nordrhein-Westfalen importiert werden.

Neben dem zügigen Aufbau heimischer Kapazitäten zur Produktion von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten müssen daher geeignete Importinfrastrukturen und neue Wertschöpfungsketten geschaffen und internationale Partnerschaften ausgebaut werden. Nur so kann der klimaneutrale Umbau der Industrie in Nordrhein-Westfalen sichergestellt werden. Daher arbeitete sowohl die vorherige als auch die aktuelle Landesregierung intensiv daran, mit europäischen aber auch außereuropäischen Ländern, die über ein hohes Erzeugungspotenzial verfügen, politische Kooperationen aufzubauen und damit die langfristige Sicherung des Energiebedarfs in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist auch die gemeinsame Absichtserklärung der Landesregierung mit der Abu Dhabi National Oil Company ADNOC und Currenta zu betrachten.

Der Grundstein für die gemeinsame Absichtserklärung (MoU) mit der Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) und der Currenta GmbH & Co wurde bereits in der vergangenen Legislatur gelegt. Die Absichtserklärung wurde von der aktuellen Landesregierung fortgeführt und zum Abschluss gebracht im Sinne der oben genannten Ziele, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen.

Das MoU mit ADNOC stellt einen möglichen ersten Schritt dar, um langfristig grünen Ammoniak nach Nordrhein-Westfalen zu importieren. Ziel des MoU ist es, die Zusammenarbeit bei der Schaffung einer klimaneutralen Ammoniak-Wertschöpfungskette zu stärken, die Eignung von Ammoniak als Brennstoff für die Strom-/Dampferzeugung zu erproben sowie die Produktion und den Transport von kohlenstoffarmem und schlussendlich klimaneutralem Ammoniak in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) voranzutreiben, sodass langfristig fossile Energieträger durch klimafreundliche ersetzt werden können.

Gemäß der Absichtserklärung mit ADNOC sieht der Transformationspfad vor, dass der Ammoniak zunächst auf Basis von Erdgas erzeugt wird, wobei das CO₂ langfristig eingelagert werden soll. Gleichzeitig arbeitet man an der Entwicklung einer Produktion von grünem Ammoniak, der auf erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff basiert. Dieser soll als langfristiges Ziel exportiert werden.

Um den Bedarf an klimaneutralen Energieträgern in Nordrhein-Westfalen zu decken, arbeitet die Landesregierung mit vielen unterschiedlichen Ländern zusammen, mit einem Fokus auf Nordwest- und Südeuropa. Im Februar 2023 fand daher eine Delegationsreise unter Führung von Frau Ministerin Neubaur nach Schottland statt. Hierbei wurde eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Fokus Wasserstoff erneuert. Darüber hinaus plant das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Klimaschutz und Energie weitere Kooperationsreisen nach Nordwest- und Südeuropa mit dem Ziel, einer engeren Kooperation beim Thema Wasserstoff und anderer klimaneutraler Energieträger mit diesen Ländern. Bereits im Mai dieses Jahres steht eine Reise in die Niederlande und Belgien sowie Dänemark auf dem Programm, um die internationalen Importstrukturen von Wasserstoff und Ammoniak weiter auszubauen. Durch ein breites Netzwerk an Partnerländern, die zur Diversifizierung von klimaneutralen

Energieträgern und Grundstoffen beitragen, wird die Resilienz im System gestärkt. Die VAE können hierbei ebenfalls einen Teil der Lösung darstellen. Mit der Zielrichtung einer Diversifizierung ist auch die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit ADNOC zu werten.

Das MoU unterstützt auch die Bemühungen der Bundesregierung, eine diversifizierte Importstruktur für klimaneutrale Energieträger für die gesamte Bundesrepublik aufzubauen. Seit 2017 arbeiten Deutschland und die VAE eng in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Wasserstoff zusammen. Dabei verfolgen die VAE das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Im Oktober 2022 wurde die bestehende Deutsch-Emiratische Energiepartnerschaft um eine Klimasäule erweitert. Die erste Test-Lieferung von blauem Ammoniak wurden von der deutschen Bundesregierung bereits im Hamburger Hafen entgegen genommen.¹

Soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards haben für die Landesregierung einen hohen Stellenwert und werden in unseren außenwirtschaftlichen Beziehungen in besonderem Maße berücksichtigt. Die Landesregierung wird allen voran internationale Partnerschaften mit Staaten auf- und ausbauen, die rechtsstaatlich verfasst sind und unsere demokratischen und pluralistischen Werte teilen. Denn eine auf dieser Basis aufbauende wirtschaftliche Zusammenarbeit wird letztlich auch zu einer stärkeren und resilienteren Wirtschaft führen. Darüber hinaus strebt die Landesregierung eine Diversifizierung der internationalen Handelsbeziehungen an, um sich aus der Abhängigkeit einzelner, im Hinblick auf die Menschenrechtssituation schwieriger Länder zu lösen und Risiken zu minimieren.

¹ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/10/20221021-erste-wasserstofflieferungen-aus-den-vereinigten-arabischen-emiraten-in-hamburg-ubergeben.html>